

Bietet die Monetative mit ihrer Idee staatlich geschöpften Vollgeldes einen nachhaltigen Ausweg aus der Staatsschuldkrise?

Wachsende Staatsschulden und drohende Staatspleiten verlangen neue Lösungen. Seit allgemein bekannt ist, dass Banken das Geld, das sie den Staaten leihen, aus dem Nichts schöpfen, stellt sich die Frage, warum Staaten ihren Geldbedarf nicht durch eigene Geldschöpfung decken? Warum den Banken Zinsen zahlen, wenn man selbst Geld schöpfen kann? Dann würden außer den Zinskosten auch die Tilgungsforderungen (Rückzahlungsforderungen) der Banken entfallen.

Staatliche Geldschöpfung – als Ausweg aus der Schuldenkrise – scheint machbar, da die oft beschworene Inflation (infolge ständiger Geldmengenausweitung durch wachsende Staatsschulden) nie im erwarteten Ausmaß eingetreten ist.

Diplomierte Ökonomen fordern ihre Regierung zwar zum Sparen auf, warnen im gleichen Satz aber vor den Folgen der Sparpolitik. Auf die erklärte Sparabsicht folgt so prompt das nächste Konjunkturprogramm, finanziert durch neue Staatsschulden. Denn die Geldmengenausweitung ist zwingend notwendig, um eine Deflationsspirale zu vermeiden.

Aus Angst vor Inflation beschließt man Schuldenbremsen, aus Angst vor Deflation ignoriert man sie. Ohne dem Widerspruch zwischen Sparen wollen und Schulden machen müssen, nachzugehen, sieht die Monetative in souveräner staatlicher Geldschöpfung den Ausweg aus der Schuldenkrise.

Da Staatsschulden auf lange Sicht überall ausgeweitet werden, scheint die Angst vor daraus folgender Inflation tatsächlich unbegründet. Der Vorschlag der Monetative den Zinsforderungen der Banken durch staatliche Geldschöpfung zu entgehen, erscheint deshalb folgerichtig. Um die Nachhaltigkeit dieses Lösungsvorschlages zu prüfen, soll hier den sich aus dem oben skizzierten Widerspruch ergebenden Fragen nachgegangen werden.

1. Warum muss der Staat seit Jahrzehnten die Konjunktur durch immer neue Programme ankurbeln?
2. Warum erzeugt Staatsverschuldung keine entsprechende Inflation? Anders gefragt, wo landet das Geld aus staatlicher Geldschöpfung?
3. Wofür zahlt der Staat Zinsen, wenn:
 - a. Geld aus dem Nichts entsteht,
 1. staatliche Bürgschaften illiquiden Banken wieder Zahlungsfähigkeit verschaffen, weil die staatlichen Garantien aus dem Geld der Geschäftsbanken voll gültiges staatliches Zahlungsmittel machen?

Die Monetative stellt diese Fragen nicht. Sie fokussiert allein auf den durchaus spannenden Punkt: Warum kann der Staat nicht selbst Geld schöpfen, da er im Krisenfall doch als unumschränkter Garant des Geldwertes fungiert? Sehen wir zuerst, wohin uns die anderen Fragen führen.

Zu 1: Der Staat muss ständig neues Geld in den Wirtschaftskreislauf pumpen, weil durch Profitakkumulation unentwegt Geld aus der Realwirtschaft abgezogen wird. Dieses Geld fließt in die Finanzwirtschaft und nur ein kleiner Teil davon kehrt später in die Realwirtschaft zurück. Infolge dessen wird Geld für Warenkäufe knapp. Um Absatzkrisen zu vermeiden und eine Deflationsspirale zu verhindern, muss der Staat den Geldabfluss aus der Real- in die Finanzwirtschaft durch sogenannte Konjunkturprogramme ausgleichen. Er muss stets mehr ausgeben als er einnimmt, damit einige stets mehr einnehmen können als sie ausgeben.

Zu 2: Da das durch staatliche Kreditaufnahme geschaffene Geld über den Umweg der Realwirtschaft nach und nach in die Finanzwirtschaft abwandert, wird die in

der Realwirtschaft zirkulierende Geldmenge kaum größer. Trotz absolut wachsender Geldmenge, bleibt die warenauftragende Geldmenge weitestgehend konstant. Während die in der Finanzwirtschaft zirkulierende Geldmenge immer schneller wächst, bleiben die Warenpreise vergleichsweise (!) stabil.

Statt dessen steigen die Wertpapierpreise, was bekanntlich erwünscht ist. Diese Preisinflation (Hausse) scheint geradezu notwendig zu sein. Sobald das Wachstum an den Börsen zusammenbricht, sehen sich Regierungen gezwungen, Banken zu retten.

Dazu müssen sie entweder für die illiquiden (zahlungsunfähigen/„in Schieflage geratenen“) Banken bürgen, oder beim krisengeschüttelten Bankensektor Kredite aufnehmen, um Geld zu schaffen, mit dem illiquide Banken ihre Spielschulden bezahlen können. Wenn vom Bankensektor dann Zinsen für die Rettung von Banken verlangt werden, fragt man zu Recht nach dem Sinn dieses Geldsystems. Denn in diesem Fall verdienen die einen Banken an der Rettung der anderen, wobei deren Rettung zugleich den eigenen Bankrott verhindert.

Zu 3a: Die Zinsforderungen werden von den Banken zunächst dadurch begründet, dass Banken Dienstleistungsunternehmen sind, die ihre Betriebskosten aus Zinseinnahmen bestreiten müssen. Zu solchen Zwecken erheben Banken jedoch auch Kreditprovisionen und Kontogebühren.

Außerdem verweisen die Banken auf ihre Pflicht zur Bildung von Rücklagen zur Absicherung gegen Kreditausfälle. Irgendwie reichen die Rücklagen aber nicht, um die faulen Kredite aus den Bankbilanzen zu tilgen.

Ist das Bilanzloch schließlich zu groß und die Zahlungsunfähigkeit nicht mehr zu verschleiern, muss der Staat als Bürge oder gar als Zahlmeister für die insolventen Schuldner der Bank einspringen. Nimmt der Staat dazu bei einer Bank verzinste Kredite auf, um einer anderen Geld zur Tilgung fremder Schulden zu zahlen, fragt man nach dem Recht Zinsen zu erheben. Haben die Banken ihre Zinsforderung nicht damit begründet, sich gegen Kreditausfälle absichern zu müssen? Wenn bei Kreditausfällen aber nicht die Bank, sondern der Staat die Schulden tilgt, warum erhält die Bank und nicht der Staat die Zinsen?

Zu 3b: Da Banken ihre Einnahmen nicht hinreichend zur Absicherung ihrer Kreditgeldschöpfung verwenden (sondern große Teile als Gewinne auszahlen), zwingen sie den Staat, die Haftung für faule Kredite zu übernehmen. Da der Staat jedes Geld (auch wertloses Buchgeld der Banken) per Gesetz zum voll gültigen Zahlungsmittel erklären kann, hat er die Macht, im Krisenfall zum unangefochtenen Garant des von den Banken geschöpften Geldes zu werden. So wird doppelt unverständlich, warum er Zinsen zahlen muss.

Es zeigt sich, dass die heutigen Banken keine sehr soliden Geldschöpfer sind. Doch wer garantiert, dass der Staat ein besserer Geldschöpfer ist? Würde er sein Recht auf unbeschränkte Geldschöpfung nicht (z.B. vor Wahlen) nutzen, um populäre Projekte zu finanzieren? Werden beispielsweise neue Stellen im Sozial- oder Bildungsbereich geschaffen, erhöht sich das Warenangebot dadurch nicht. Wenn nur die Geld- nicht aber die Warenmenge steigt, kommt es zu Inflation. Die kann zwar durch Geldabfluss in die Finanzwirtschaft bald wieder sinken, der Preisverfall kann dann jedoch eine Rezession bewirken.

Um solche Wechselbäder zu verhindern, fordert die Monetative eine Art staatliches Währungsamt, das die Geldmenge an Hand eines Preisindex steuert. Aus zwei Gründen halte ich es für unmöglich, durch ein Währungsamt stabile Preise zu gewährleisten.

Erstens lässt sich kein absoluter Preisindex aufstellen. Es können nie alle Preise mitsamt ihren regionalen und saisonalen Schwankungen erfasst werden. Jeder Preisindex ist deshalb manipulierbar. Zweitens lässt sich eine politische Einflussnahme auf das Währungsamt kaum vermeiden. Es ist unrealistisch, anzuneh-

men, dass nicht spätestens in Krisenzeiten (infolge Naturkatastrophen oder Krieg, wobei der Krieg nicht unbedingt im eigenen Land stattfinden muss) eine Lockerung der Währungspolitik erfolgt. Die Geschichte kennt hierfür zahlreiche Beispiele, denn staatliche Geldschöpfung hat es bereits in der Antike und im Feudalismus gegeben.

Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass der Staat sein Geldschöpfungsmonopol nicht genauso missbrauchen wird, wie es die Banken heute tun. Ein solcher Missbrauch kann nur durch eindeutige Geldschöpfungsregeln verhindert werden, deren Verletzungen zeitnah erkannt und geahndet werden können müssen. Geldschöpfung durch ein staatliches (schwer kontrollierbares) Währungsamt auf Basis eines (manipulierbaren) Preisindex stellt kein eindeutiges, demokratisch kontrollierbares Regelwerk dar.

Aus der Geschichte staatlicher Geldschöpfung wissen wir, dass Geld- und Währungsgesetze immer vor allem von den autorisierten Geldschöpfern selbst gebrochen wurden. So ist z.B. die Geschichte der Falschmünzerei vor allem eine Geschichte königlicher Münzfälschung, auch wenn natürlich immer nur die privaten (unautorisierten) Münzfälscher gehängt wurden.

Geldschöpfungsmonopole führten immer dazu, die politische Macht in den Händen der Geldschöpfer zu konzentrieren. Staatliche Geldschöpfung führt deshalb nach allen geschichtlichen Erfahrungen unweigerlich zu Neoabsolutistischen Machtstrukturen.

Allerdings werden diese absolutistischen Strukturen wie in der Vergangenheit nicht von Dauer sein, zumindest, solange eine Finanzwirtschaft existiert, in der sich mehr und mehr Geld sammeln kann. Je größer der dort zirkulierende nicht durch Warenwerte gedeckte Geldüberhang wird, desto größer das Interesse der Geldvermögenseigentümer, das Geldschöpfungsmonopol des Staates abzuschaffen. Denn ohne Möglichkeit zur Geldmengenausweitung durch staatliche Geldschöpfung entstünde bei Geldbedarf eine Kreditnachfrage nach ihrem Geld, so dass sie Zinsen erpressen können.

Das Ändern der Geldschöpfungsregeln ließe sich durch konzertierte Aktionen der Superreichen leicht erzwingen. Sie könnten beispielsweise die Preise von Grundnahrungsmitteln durch gezielte Käufe hochtreiben, so dem Volk vorführen, wie unsolid das System staatlicher Geldschöpfung ist, denn bei schnellen Marktinterventionen hätte das Währungsamt keine Chance gegenzusteuern. Wenn der Volkszorn kocht, könnten sich die Spekulanten durch Verkauf billiger Nahrungsmittel als Retter inszenieren. Neue Gesetze sind dann bald auf den Weg gebracht.

Nichtsdestotrotz kann staatliche Geldschöpfung vorübergehend dem Machterhalt der Eigentümerklasse dienen. Denn ehe die großen Geldvermögen bei einem Zusammenbruch unsere Banken- und Geldsystems einfach verschwinden, ist es allemal attraktiv das gesamte Buchgeld per Gesetz zu vollgültigem staatlichem Zahlungsmittel zu erklären. Die Eigentümerklasse wird den Umstand, dass dann nicht mehr private Banken, sondern ihr Staat das Geld schöpft, ertragen, da er hilft, das zur Zeit schwindende Vertrauen in unser Geld neu zu festigen. Irgendwann wird die Zeit reif sein, den Staat wie oben skizziert zu entmachten.

Ich halte es daher für wahrscheinlich, dass ein System staatlicher Geldschöpfung genauso per Unfall (per Notgesetz) in die Welt tritt, wie einst das Notenbanksystem inthronisiert, bzw. das Goldstandardsystem entthront wurde. Da es an der bestehenden Vermögensverteilung nichts ändern wird, sollte es eher darum gehen, ein System staatlicher Geldschöpfung zu verhindern, statt dafür zu werben.

Mir scheint die Idee einer staatlichen Geldschöpfung mit einem demokratischen Gesellschaftsideal unvereinbar. Demokratie braucht demokratische Geldschöpfungsregeln, siehe hierzu: <http://www.falschgeldsystem.de/Warengeld.pdf>.